



Ist der Pazifismus noch zu retten?

Asymmetrische Kriege
und gewaltfreie Konfliktbearbeitung

von Tilman Evers

Impressum

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln
Tel.: 02 21 / 91 27 32 - 0
E-Mail: kontakt@forumzfd.de
www.forumZFD.de
Redaktion: Christoph Bongard
Grafik/Satz: Thomas Oelerich
Auflage: 500 Stück
Juli 2014

Tilman Evers

Ist der Pazifismus noch zu retten?

Asymmetrische Kriege
und gewaltfreie Konfliktbearbeitung

1. Der normale Bellizismus

Ist der Pazifismus noch zu retten? Im Frühjahr 2014 hat diese Frage eine Aktualität erlangt, die wenige Monate zuvor noch kaum zu ahnen war. Mit den dramatischen Ereignissen in Kiew und auf der Krim werden erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges wieder militärische Drohkulissen zwischen Ost und West aufgebaut. In der Tagesschau sagt ein Kommentator (Rolf-Dieter Krause 20.3.2014): *„Die Fähigkeit zur Landesverteidigung, die lange keine Rolle spielte, wird wieder in den Blickpunkt rücken.“* Gleichzeitig läuft in Deutschland eine Diskussion über die künftige Außenpolitik des Landes. Ausgelöst wurde sie bekanntlich durch die Rede von Bundespräsident Gauck zur Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2014 sowie durch die damit abgestimmten Reden von Steinmeier und von der Leyen. Unisono war darin zu hören, Deutschland müsse und wolle mehr weltpolitische „Verantwortung“ zeigen, und zwar auch militärisch. In der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 3.4.2014 legte der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger nach: *„Der Nachkriegspazifismus muss endgültig überwunden werden.“*

Diese Reden haben eine Flut von (kritischen) Stellungnahmen ausgelöst. Dabei ist die Debatte nicht neu. Schon vor zwanzig Jahren schrieb Peter Glotz in seinem 1994 erschienenen Buch *„Die falsche Normalisierung“*: *„Die Maxime der Normalisierer lautet: Das souverän gewordene Deutschland müsse weltpolitisch mehr Verantwortung übernehmen. Ernst genommen würden wir von der Welt nur, wenn deutsche Soldaten für Kampfeinsätze zur Verfügung stünden. Auf der anderen Seite stehen die Gesinnungsethiker: Für sie ist die militärische Intervention (im Falle von Menschenrechtsverletzungen, T.E.) aus moralischen Gründen geboten. Wird Deutschland von einer Zivil- und Wirtschaftsmacht wieder zum normalen Machtstaat, zum unverkrampften Alliierten in kleinen Kriegen überall auf der Welt?“*

Peter Glotz war damals ein Vordenker der SPD. Dass Deutschland ab 1999 unter SPD-Führung (!) wieder in Kriege ziehen würde, hat Peter Glotz sicher nicht geahnt.

Die besorgte Frage „Ist der Pazifismus noch zu retten?“ ist also an sich nicht neu – sie muss aber immer wieder neu gestellt und beantwortet werden. Immer wenn der

politische Kontext sich ändert, ändert sich auch die Frage nach der Zukunft des Pazifismus. Der Hintergrund, vor dem Gauck, Steinmeier und von der Leyen sprechen, ist schon nicht mehr derselbe wie der für Glotz im Jahr 1994. Ich nenne einige Schlüsselereignisse, die die Welt seitdem verändert haben: 1994 der Völkermord in Ruanda. 1995 das Massaker in Srebrenica. 1999 der NATO-Krieg gegen Serbien. Anfang 2003 der George-W.-Bush-Krieg gegen Saddam Hussein. Im September desselben Jahres die Anschläge auf das World Trade Center, mit denen der „Krieg gegen den Terrorismus“ beginnt. Seitdem Krieg in Afghanistan, samt Drohnenkrieg auch in Pakistan und im Jemen. Ab 2010 Aufstände in arabischen Ländern, die in offenen oder latenten Bürgerkriegen münden. Besonders dramatisch seit 2011 der Bürgerkrieg und die NATO-Intervention in Libyen sowie seitdem der Bürgerkrieg in Syrien. Dauerkonflikt rund um Israel, mit wiederkehrenden Kriegshandlungen aller Beteiligten. Weitere Ereignisse ließen sich nennen. Und natürlich sind nun auch der Umsturz in der Ukraine und die russische Annexion der Krim ein solches weltpolitisches Schlüsselereignis.

Deutschland ist weltweit der drittgrößte Waffenexporteur. Angeblich gehen deutsche Waffen nicht in Spannungsgebiete; das ist, als würde Alkohol nur an Guttempler verkauft. Längst ist die Bundeswehr eine „Armee im Einsatz“ und zur weltweit einsetzbaren Interventionstruppe umgebaut.

(Grafik aus DER SPIEGEL Nr. 5/2014)



Nicht geändert hat sich in den letzten zwanzig Jahren die mehrheitliche Skepsis der deutschen Bevölkerung gegenüber solchen Auslandseinsätzen; deshalb soll sie ja mit solchen Reden wie denen auf der Münchener Sicherheitskonferenz an die „Normalität“ von Kriegseinsätzen gewöhnt werden. Allerdings dürften diese Reden noch einen anderen Zweck verfolgt haben: Könnte es sein, dass sich da die neugebildete Bundesregierung den internationalen Machteliten vorgestellt hat mit dem Ziel, sich für die Westerwelle-Zeit und speziell für die deutsche Enthaltung im Fall Libyen zu entschuldigen? Kritiker haben diese Reden auf die sarkastische Kurzformel gebracht: „Nie wieder Krieg – ohne Deutschland!“

Auch dazu ein passendes Zitat von Peter Glotz aus besagtem Buch von 1994: *„Die deutsche Souveränität ist nicht gefährdet, weil unsere Soldaten im Golf-Krieg (heute also: Libyen, Anm. des Verfassers.) nicht mitgeschossen haben, eher schon weil einige unserer Spitzenpolitiker sich so schnell schämen, und das auch noch aus falschen Gründen.“* Zu kritisieren war aus meiner Sicht nicht Westerwelles militärpolitische Enthaltung, sondern dass sie nicht getragen war von einer höchst aktiven nicht-militärischen Diplomatie.

Die Rede von Bundespräsident Gauck ist lang und sie enthält auch viel Richtiges. Zutreffend benennt er, dass aus den Schlüsselereignissen der letzten Jahre auch gelernt wurde und inzwischen eine Vielfalt von staatlichen wie nichtstaatlichen Instrumenten der gewaltfreien Konfliktbearbeitung entstanden sind, die ausgebaut werden müssen. Bekanntlich stützte sich seine Rede auf eine umfangreichere Studie der *Stiftung Wissenschaft und Politik*, an der auch „linke“ Sozialdemokraten wie Niels Annen mitgeschrieben haben. Das Problem mit dieser Studie wie mit den drei genannten Reden ist der fatale Nachsatz: „Notfalls auch mit Gewalt!“ Und das nicht nur in Fällen der Nothilfe, sondern eben auch zur Sicherung des freien Welthandels und strategischer Rohstoffe, vulgo: aus Profitinteressen. Bruder Gauck hätte wissen müssen, dass Waffengewalt aus Wirtschaftsinteressen nicht einmal von der überholten Lehre vom gerechten Krieg gedeckt war! Und eine krasse Unverschämtheit ist es natürlich, wenn er Pazifisten als Drückeberger darstellt.

Das Jahr 2014 ist ein Jahr der friedenspolitischen Jahrestage: 100 Jahre Beginn des Ersten, 75 Jahre des Zweiten Weltkriegs. Aber auch: 70 Jahre 20. Juli, 65 Jahre Grund-

gesetz mit seinem Friedensgebot, und 25 Jahre Mauerfall. Diese Anlässe machen deutlich, vor welchem großen geschichtlichen Hintergrund wir im Jahr 2014 diskutieren.

Zwei Fragen stehen im Zentrum der folgenden Ausführungen: Wie ändert sich der Pazifismus angesichts der Realität neuer, überwiegend innerstaatlicher Gewaltkonflikte? Und welche neuen Formen nicht-militärischer Konflikttransformation können auf diese veränderte Realität einwirken?

2. Was ist, was war Pazifismus?

Vorab jedoch die Frage: Was ist Pazifismus? Genauer: Was war er bis zum Epochenjahr 1989, als mit der Implosion der Sowjetunion die bipolare Ordnung des Kalten Krieges endete? Natürlich hat es Friedensbemühungen durch alle Jahrhunderte und Jahrtausende gegeben. Sie alle haben ihre Tradition hinterlassen. Ich nenne nur die Friedensbotschaft des Jesus von Nazareth. Ich nenne auch Immanuel Kant, dessen Schrift vom Ewigen Frieden sich bis heute als wirklichkeitstauglich erweist.

Das Wort „Pazifismus“ ist aber erst im Jahr 1901 geprägt worden. Und so haftet unser gängiges Verständnis von Pazifismus noch stark und mit guten Gründen an jener Epoche vom Ersten Weltkrieg bis 1989, die der englische Historiker Eric Hobsbawm das „kurze 20. Jahrhundert“ nannte - im gedanklichen Anschluss an ein „langes 19. Jahrhundert“ seit der Französischen Revolution. Dahinter steht die Überlegung, dass historische Epochen sich nicht an Jahreszahlen halten, sondern prägenden Merkmalen folgen. Und prägend für dieses kurze 20. Jahrhundert war die Dauerspannung zwischen Militärstaaten und -blöcken in Europa, die nationalistisch bzw. ideologisch aufgeladen war, die sich in zwei Weltkriegen und fast einem dritten entlud, und in deren Verlauf Europa die globale Vormacht an die USA verlor.

Wann und wie wird das begonnene 21. Jahrhundert enden und was wird es im Rückblick geprägt haben? Das werden unsere Ur-Ur-Enkel wissen. Aber Vieles spricht dafür, dass mit dem Epochenjahr 1989 tatsächlich eine neue Epoche be-

gann – mit anderen Gewaltkonflikten und entsprechend anderen Friedensbemühungen. Wir verstehen sie am besten, wenn wir zuvor einen kurzen Blick auf den „alten“ Pazifismus werfen.

Dieser „alte“ Pazifismus ist auch keineswegs überholt, sondern befindet sich ja in Gestalt z.B. der *Deutschen Friedensgesellschaft (DFG/VK)* sowie des *Internationalen Versöhnungsbundes* noch immer hochaktiv unter uns. Ich zähle beide zu einer „ersten Generation“ von Friedensbewegungen, die noch vor oder unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg gegründet wurden. Das damalige Kriegsbild war das der Machtkonflikte zwischen hochgerüsteten Militärstaaten. Die Absage an den Krieg verband sich damals insbesondere mit dem Protest gegen Rüstung und Militarismus sowie mit dem Vorschlag einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg im *Völkerbund* versucht wurde. Damit verband sich eine Absage an den Nationalismus, dem die Ideen der Versöhnung und der Verständigung zwischen den Völkern entgegengesetzt wurden.

In einer „zweiten Generation“ von Friedensgruppen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstand, kam der antifaschistische Impuls hinzu. Beispiele hierfür sind die *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* sowie die deutsche Sektion von *Pax Christi*. Ihre Schlüsselerfahrung lautete, dass Hass und Gewalt innerhalb einer Nation zum Hass zwischen den Nationen treibt. Der Gedanke der Völkerverständigung wurde in der Folge ergänzt durch das gemeinsame Bekenntnis zu Menschenwürde, Recht und Demokratie.

Ein dritter Gründungsimpuls folgte in den 60er Jahren, dessen Motive sich verdichten in dem Wort des damaligen Papstes Paul VI.: „*Der neue Name des Friedens ist Entwicklung.*“ Die Schlüsselerfahrungen und Friedensgefährdungen dieser Zeit waren der Kalte Krieg sowie Kolonialkriege wie in Indonesien, in Algerien oder in den portugiesischen Kolonien. Armut und Unterdrückung in der damals so genannten „Dritten Welt“ werden nun als strukturelle Gewalt erkannt und damit zur Aufgabe für Friedenshandeln. Mit angeregt durch das im Jahr 1960 von Präsident Kennedy gegründeten *Peace Corps* entstanden Entwicklungsdienste, die sich ursprünglich als Friedensdienste verstanden. Der Internationale Christliche Friedensdienst *EIRENE* und der *Weltfriedensdienst* tragen dieses Gründungsmotiv noch im Namen.

Darauf folgt ein vierter Gründungsimpuls, der sich von der Mitte der 70er Jahre bis zum Epochenwechsel von 1989 erstreckt. Eine Friedensbedrohung der Zeit ist die atomare Hochrüstung der Supermächte. Man denke an die Massendemonstrationen Anfang der 80er Jahre gegen die NATO-„Nach“rüstung. Ein anderes Thema sind die ökologischen Gefährdungen, die zunehmend ins Bewusstsein treten. Frieden und Umwelt verbinden sich untereinander und mit der vorigen Entwicklungsthematik zu der neuen Trias von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Deutlich wird nun, dass die nötigen Veränderungen für ein friedliches Zusammenleben auch im eigenen Land, ja bei der eigenen Person anfangen müssen. Ein Wortführer der neuen Sicht wird der *Ökumenische Rat der Kirchen* in Genf und der von ihm moderierte „Konziliare Prozess“. Gründungen dieser Zeit sind beispielsweise *Ohne Rüstung Leben* (ORL) sowie die *Ökumenische Initiative Eine Welt*. Dazu kommen friedenspädagogische Einrichtungen wie die *Kurve Wustrow* und die *Werkstatt für gewaltfreie Aktion*. Ein wichtiger Sammelpunkt für diese neuen Gruppierungen ist die *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden* (AGDF), später auch der 1989 gegründete *Bund für soziale Verteidigung* (BSV).

Bei allen Unterschieden zwischen und innerhalb dieser vier „Generationen“ von Friedensbewegungen gibt es auch Gemeinsamkeiten, die den Pazifismus des kurzen 20. Jahrhunderts prägen. Die entscheidende Friedensgefährdung geht in dieser Zeit von den großen Staatenkriegen aus. Die beiden Weltkriege sowie der Totalitarismus sind die Schlüsselerfahrungen dieses Jahrhunderts; sie setzen sich fort im Kalten Krieg der Supermächte mit der Gefahr eines Atomkriegs. Die Friedensbewegungen wenden sich daher vorrangig gegen Militärapparate, Rüstung und Kriegsdienst, und in Erweiterung gegen die Regierungen, die sie befehligen. Die Friedensgruppen sind staatsfern, ja staatskritisch. Eine Ausnahme machen nur die Entwicklungsdienste, soweit sie Hoffnungen auf progressive Regierungen in der „Dritten Welt“ setzen.

Es sind dann auch die Entwicklungsdienste, die früh auf einen neuen Typus von Gewaltkonflikten aufmerksam machen, der dem eurozentrischen Pazifismus zunächst fremd bleibt: Schon zu Kolonialzeiten gab es blutige Aufstände und Befreiungskämpfe. Sie setzen sich fort in Bürgerkriegen, Stammes- und Sezessionskämpfen, die in manchen gerade erst unabhängig gewordenen Ex-Kolonien ausbrechen, oftmals

von außen angeheizt als Stellvertreterkriege in der Blockkonfrontation. In Lateinamerika kämpfen sozialistische Guerilla-Bewegungen gegen reaktionäre Militärregierungen. All das sind keine Staatenkriege mehr – und doch kosten auch sie Millionen von Toten, und das schon vor dem Epochenjahr 1989. Die Gewalt „franst aus“ – und mit ihr differenzieren sich auch die Friedensbemühungen. Ein neuer Typ von Gewaltkonflikten tritt in den Vordergrund – und mit ihm eine nächste „Generation“ von Friedensbewegungen.

Beide nehmen teil an einer Veränderung im Grundgefüge der Politik, die ebenfalls mit dem Epochenjahr 1989 sichtbar wird: Der Nationalstaat verliert an Bedeutung. Er verliert zwar nicht den Primat, wohl aber das Monopol der Politikgestaltung. Er gibt Kompetenzen ab, „nach oben“ an eine *Global Governance* von internationalen Organisationen und Regelungen, sowie nach unten in ein zunehmend dichtes Geflecht von nichtstaatlichen Akteuren. Die Vokabel „Globalisierung“, die diesen Machtverlust der staatlichen Ebene auf den Begriff bringt, ist vor 1989 unbekannt – kurz danach ist sie in jedermanns Munde. Dasselbe gilt für die Vokabel „Zivilgesellschaft“. Auch territorial verliert der Nationalstaat an Kontrolle, Grenzen funktionieren nicht mehr im Zeichen von Weltmarkt, Reisefreiheit und elektronischer Kommunikation. Und *last but not least* verliert er auch das Monopol organisierter Gewaltsamkeit, an Warlords, „Sicherheits“- und Söldnerfirmen, Milizen und Drogenkartelle.

Beides, sowohl die neuen Gewaltphänomene wie die veränderten Friedensinitiativen, sind ein Ausdruck dieser sich globalisierenden Politik. Denn die Kehrseite der Globalisierung ist die Ausfächerung, ja die Aufspaltung. Während die Wirtschaftseliten sich weltweit immer enger vernetzen, bleiben die sozialen Verlierer der Globalisierung immer isolierter zurück.

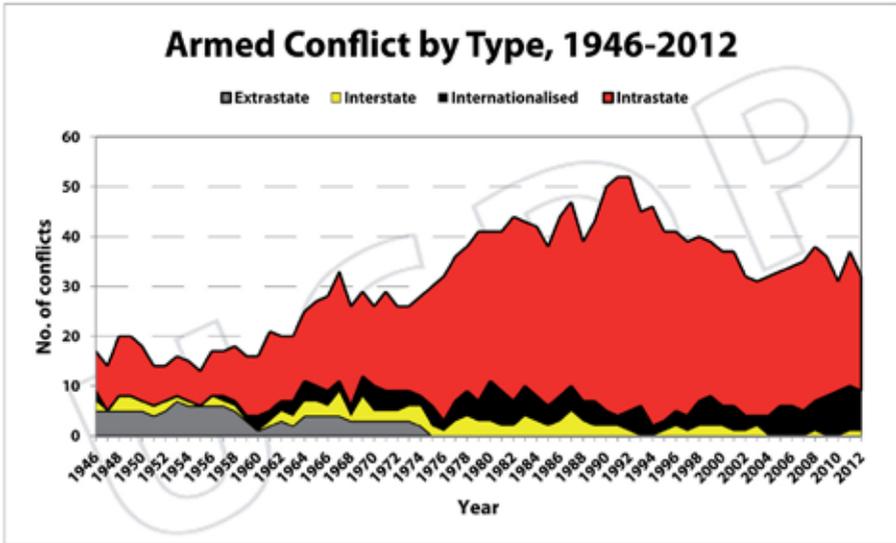
Diese Fragmentierung von Gesellschaften ist der entscheidende Auslöser für diejenigen Gewaltphänomene, mit denen wir es heute überwiegend zu tun haben. Etwas hilflos sprechen wir von „innerstaatlichen“ oder – noch ratloser – von „neuen Kriegen“. Wenn im Folgenden von „asymmetrischen Kriegen“ die Rede ist, dann trifft das eine Teilmenge dieser neuen Gewaltkonflikte.

3. Der atypische Krieg wird typisch

Im Untertitel meines Beitrags ist von asymmetrischen Kriegen die Rede. Der Begriff kam in den fünfziger und sechziger Jahren insbesondere im Zusammenhang mit den Kriegen in Algerien und in Vietnam auf. Das zugrunde liegende Bild ist das einer Auseinandersetzung, bei der auf der einen Seite das reguläre Militär eines Staates und auf der anderen Seite irreguläre Aufständische einander bekämpfen. Dabei ist die eine Seite waffentechnisch und zahlenmäßig so überlegen, dass die Aufständischen militärisch in offenen Gefechten nicht gewinnen können. Sie können jedoch durch beständige kleinere Angriffe zur Überdehnung und Zermürbung der überlegenen Kräfte führen. Henry Kissinger, der es wissen muss, hat das anlässlich des Vietnamkriegs auf die Formel gebracht: Die USA verlieren, wenn sie nicht gewinnen; der Vietcong gewinnt, wenn er nicht verliert. So kam es dann auch.

Gedanklich hängt das Bild der Asymmetrie allerdings noch am Bild des Staatenkriegs und benennt dazu eine Ausnahme, wenn nämlich nur auf einer und nicht auf beiden Seiten eine reguläre Armee kämpft. Auch das ist nicht neu, ein anderes Wort dafür ist Guerilla-Krieg – das Wort wurde erfunden im Kampf der Spanier gegen Napoleon.

Nun sind zwar auch heute oftmals Regierungskräfte auf einer Seite einer Konfrontation beteiligt – nur haben sie oft kaum noch etwas mit dem überkommenen Bild einer gut gerüsteten, disziplinierten Armee zu tun. Und nicht selten sind die Aufständischen kampfstärker als die Offiziellen. Man denke an Mali, wo die Regierungstruppen ein chaotischer Haufen waren, der den Tuaregs und islamistischen Milizen aus dem Norden nichts entgegenzusetzen hatte. Dazu kommt, dass die Machtkontrolle und die Legitimität einer Regierung in sogenannten „fragilen Staaten“ äußerst schwach sein können, so dass die sogenannte Regierung im Grunde nur diejenige bewaffnete Gruppe ist, die gerade die Hauptstadt besetzt hält. Deren Kämpfer haben oft auch keine Ähnlichkeit mit einer regulären Armee, sondern kämpfen und morden genauso irregulär wie ihre Gegner. Das gilt übrigens auch für die „einzig verbliebene Supermacht“ USA mit ihrem völker- und menschenrechtswidrigen Drohnenkrieg, der, wie wir wissen, entscheidend von deutschem Boden in Ramstein aus geführt wird.



Die Graphik des Konfliktforschungszentrums der Universität Uppsala zeigt einen Anstieg von bewaffneten Konflikten in den Nachkriegs-Jahrzehnten, bis zu einem Höhepunkt um das Jahr 1992, als weltweit 52 Konflikte gezählt wurden. Der klassische Staatenkrieg – hier gelb gezeichnet – ist dabei über die gesamte Zeit seit Ende des Zweiten Weltkriegs eine Seltenheit! Und der Typus des Kolonialkriegs, bei dem Regierungskräfte gegen Aufständische im Ausland kämpfen, stirbt in dieser Epoche vollends aus; als letzter Fall wird – hier grau gezeichnet – der Vietnam-Krieg geführt.

Ganz vorherrschend in den letzten Jahrzehnten, und zwar schon längst vor dem Ende der Blockkonfrontation, ist der rot markierte Bereich der innerstaatlichen Konflikte. Hier kämpfen also Regierungskräfte gegen Aufständische. Dieser sogenannte „atypische Konflikt“ ist längst zum typischen geworden!

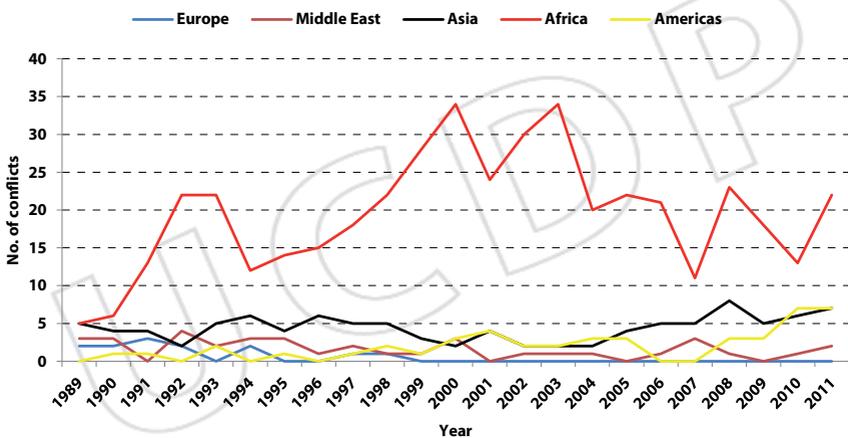
Das Schaubild fügt dem einen vierten Typus hinzu, nämlich – schwarz markiert - innerstaatliche Konflikte mit ausländischer Unterstützung für mindestens eine der beiden Konfliktparteien. Das bezieht sich wohl auf Fälle, in denen eine solche ausländi-

sche Unterstützung öffentlich bekannt ist, wie jetzt im Fall des Bürgerkriegs in Syrien, in dem alle Kriegsparteien bekanntermaßen ausländische Unterstützer haben. Ansonsten gibt es heute angesichts durchlässiger Grenzen ohnehin kaum einen innerstaatlichen Gewaltkonflikt, bei dem keine ausländischen Kräfte mitmischen; insofern können wir die schwarze Linie der roten hinzurechnen.

All diese Angaben bezogen sich bislang nur auf Konflikte, bei denen auf mindestens einer Seite reguläre Regierungskräfte involviert sind. Daneben gibt es noch bewaffnete Konflikte nicht-staatlicher Gruppierungen untereinander, ohne dass eine Regierung beteiligt wäre oder den Konflikt steuern könnte. Ein aktueller Fall sind die gegenseitigen Massaker von christlichen und muslimischen Milizen in der Zentralafrikanischen Republik, denen die Regierung weitgehend machtlos zusieht. Die Konfliktforscher von Uppsala haben auch solche Konflikte erfasst, und kommen für 2012 auf weitere 38 Gewaltkonflikte, wieder mit deutlichem Schwerpunkt in Afrika.

Für all diese Zählungen haben die schwedischen Konfliktforscher eine Mindestzahl von 25 kampfbezogenen Todesopfern im betreffenden Jahr zugrundegelegt. Die

Non-state Conflicts by Region, 1989-2011

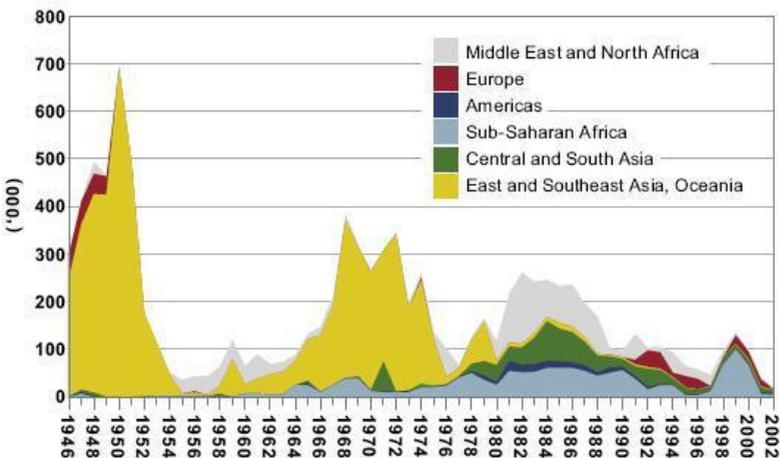


(c) UCDP 2012

Schaubilder benennen also nur die Anzahl der Konflikte, nicht deren Intensität oder die Gesamtheit der Opferzahlen.

Auch dazu gibt es freilich statistische Erhebungen – und sie kommen zu erstaunlichen Ergebnissen: Insgesamt hat es seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts nie mehr so niedrige Opferzahlen aus bewaffneten Konflikten wie heute gegeben! Nach Schätzungen der UNO waren es im Jahr 2012 ca. 250.000 Opfer, wobei Konflikte mit und ohne Regierungsbeteiligung zusammengezählt werden (aber wieder: nur kampfbezogene Tote, also Kombattanten, nicht Zivilisten). Das nachfolgende Schaubild über die gesamte Nachkriegszeit zeigt, wie hoch die Opferzahlen vor allem des Korea-Krieges, des Vietnam-Kriegs sowie des Iran-Irak-Kriegs nochmals herausragten – und wie viel geringere Opferzahlen in allen anderen Gewaltkonflikten seit dem Zweiten Weltkrieg zu beklagen waren. Eine optimistische Deutung dazu besagt: Die Weltgemeinschaft habe dazugelernt; es gelinge etwas häufiger als früher, den Ausbruch von Gewaltkonflikten zu vermeiden oder zu beenden. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Gewaltkonflikte zwar nicht mehr relevant gefallen, aber auch nicht mehr gestiegen. Leider kann sich das im so kriegerisch begonnenen Jahr 2014 noch ändern.

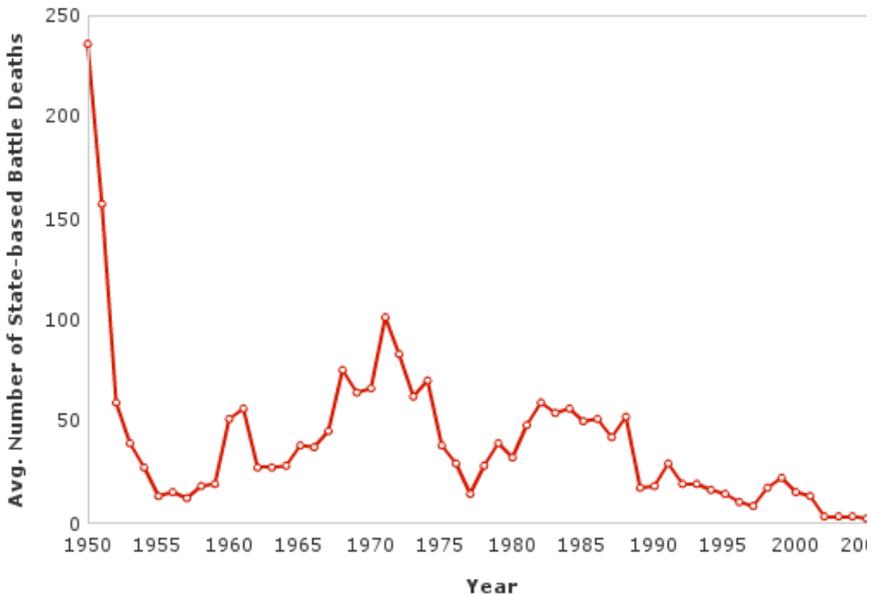
Numbers of battle-deaths, 1946–2002: Global



Die eigentliche Überraschung aber mag die folgende sein: Während die Erdbevölkerung sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs verdoppelt hat, ist die Zahl der Kriege sowie der Opferzahlen gesunken. Im Zusammenspiel beider Entwicklungen bedeu-



The Average Number of State-based Battle Deaths per Year, per Million of World Population, 1950-2007



tet dies, dass die Gefahr, in einem kriegerischen Ereignis ums Leben zu kommen, für einen heutigen Erdenbürger hundertmal geringer ist als noch im Jahr 1950, also zur Zeit des Korea-Kriegs – ganz zu schweigen von der Zeit des Zweiten Weltkriegs.

Und jetzt kommt das eigentlich Erschreckende: Die Zahl der Todesopfer durch Schusswaffen außerhalb von Kriegsgebieten beträgt weltweit das Doppelte! Nämlich fast 500.000. In dieser erschreckenden Statistik „führt“ Lateinamerika, gefolgt von Afrika.

Das größte lateinamerikanische Land Brasilien liegt dabei mit ca. 26 Mordopfern pro 100.000 Einwohnern im lateinamerikanischen Durchschnitt; die Zahlen für mittelamerikanische Länder wie Honduras sind bis zu dreimal höher! Aber bezogen auf die Einwohnerzahl von fast 200 Millionen Brasilianern macht das die unfassbare Zahl von 50.000 Mordopfern pro Jahr allein in Brasilien aus! Also neunmal mehr als jährliche Kriegstote in Afghanistan! Nimmt man alle lateinamerikanischen Länder zusammen, sind allein dort weitaus mehr Menschen der Alltagsgewalt zum Opfer gefallen, als es weltweit an getöteten Kombattanten gab! Das sagt natürlich etwas aus über den Zustand dieser Gesellschaften: Die wesentlichen Ursachen sind die krasse soziale Diskriminierung, die Unterdrückung und Ausbeutung mitsamt der kriminellen Schattenökonomie und die daraus folgende Zersetzung des sozialen Zusammenhalts. Man könnte auch von einem Raubtier-Kapitalismus sprechen.

Dieser Kapitalismus macht auch vor den natürlichen Lebensgrundlagen nicht halt, Stichwort Ressourcenkriege, Stichwort Klimawandel. Und nun kommt die noch erschreckendere Zahl: Die *Weltgesundheitsorganisation* WHO schätzt, dass im Jahr 2012 weltweit 7 Millionen Menschen an Krankheiten im Gefolge der Luftverschmutzung gestorben sind! Sieben Millionen! Das ist das Zehnfache derjenigen, die weltweit durch Waffengebrauch per Mord oder Krieg umkamen! Dazu kommen noch weitere Millionen Tote durch Hunger, durch verschmutztes Wasser, durch elendsbedingte Krankheiten oder auf der Flucht. Dabei sind die steigenden Opferzahlen durch Naturkatastrophen im Gefolge der Erderwärmung noch gar nicht erfasst.

Wer also bei der Trias des Konziliaren Prozesses „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ dachte, nur beim Thema „Frieden“ gehe es um Leben und Tod, der muss umdenken: Die anderen beiden Themen produzieren weitaus höhere Opferzahlen. Im sog. Bogor-Dokument des ÖRK vom Juli 2012 (Ziff.9) heißt es dazu ganz ungeschminkt: *„Unsere ganze derzeitige Realität ist so voll von Tod und Zerstörung, dass wir keine nennenswerte Zukunft haben werden, wenn das vorherrschende Entwicklungsmodell nicht radikal umgewandelt wird und Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zur treibenden Kraft für die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Erde werden. Die Zeit läuft uns davon.“*

Angesichts dieser Wirklichkeit ist es geradezu zynisch, wenn Bundespräsident Gauck in seiner Rede behauptet: „*Im außenpolitischen Vokabular reimt sich Freihandel auf Frieden und Warenaustausch auf Wohlstand.*“ Das stimmt eben nur für die ca. 1% Reichsten der Weltbevölkerung, die ca. 50 % des Weltwohlstands besitzen. Diese Ungleichheit ist die entscheidende, letzte Quelle weltweiter Gewalttätigkeit!

Ist der Pazifismus noch zu retten? Hat er sich überholt, ist er zu einem Nischen-Thema geworden? Soviel ist richtig: Krieg ist momentan nicht mehr die schrecklichste Geißel der Menschheit, wie es am Ende des Zweiten Weltkriegs bei der Gründung der UNO schien. Aber: Solange es weiterhin tausende von Atomwaffen gibt, kann er das jederzeit wieder werden. Auch „nur“ 250.000 Kriegstote sind 250.000 zu viel. Außerdem bleibt das Wort von Dwight Eisenhower gültig, dass all die horrenden Rüstungsausgaben im Grunde einen Raub an den Bedürftigen der Erde darstellen. Insofern bleibt die Friedensarbeit ein nötiges, wichtiges Politikfeld.

Klar ist dann aber auch: Der altehrwürdige Pazifismus mit seinem „Anti“ gegen Staat, Rüstung und Militär kann nur noch einen Teilbereich dieser Arbeit an einem umfassenden Frieden ausmachen. Die Militär- und Rüstungskritik bleibt wichtig, aber sie greift nur dort, wo es überhaupt funktionierende Staaten mit regulären Armeen gibt. In den allermeisten Gewaltkonflikten ist die Situation weitaus komplexer – und entsprechend komplex müssen deshalb auch die Antworten sein.

4. Den gerechten Frieden bereiten

Aus dieser Einsicht sind in den letzten 25 Jahren eine ganze Reihe von Konzepten, Instrumenten und Akteuren entstanden, die auf diese größere Komplexität von Gewaltphänomenen antworten. Grundlegend ist dabei die Einsicht, dass heute sämtliche Unterscheidungen zwischen Kombattanten und Zivilisten, zwischen Staat und Nichtstaat, zwischen Inland und Ausland, ja zwischen Krieg und Nicht-Krieg unsicher geworden sind. Von Johan Galtung haben wir gelernt, dass jeder Ausbruch von physischer Gewalt nur die sichtbare Spitze eines Eisbergs ist, der von strukturellen und mentalen Konfliktursachen getragen wird. Solange sich an dieser strukturellen Ge-

walt nichts ändert, kann die bloße Abwesenheit von handgreiflicher Gewalt nur ein brüchiger „negativer Friede“ sein.

Im kirchlichen Bereich entwickelte sich aus dieser Einsicht in den 80er und 90er Jahren das neue Paradigma des Gerechten Friedens. Es wurde maßgeblich im Konziliaren Prozess des ÖRK erarbeitet und auf dessen letzten internationalen Versammlungen in Kingston und in Busan bekräftigt. In Deutschland haben sowohl die katholische wie die evangelische Kirche den „Gerechten Frieden“ zu ihrer offiziellen friedensethischen Lehre erhoben.

Schon sprachlich ist klar: Das setzt sich ab von der Lehre des „Gerechten Kriegs“, wie sie seit Augustin und Thomas von Aquin galt. Damit ist nun Schluss: Es gibt keinen gerechten Krieg, Punkt! Die Frage ist nicht mehr, ob und wie Kriege gerechtfertigt, sondern nur noch, wie sie vermieden werden können.

Parallel dazu entstand auch im außerkirchlichen, sozialwissenschaftlichen Bereich ein neues Paradigma, nämlich das „para-pacem“-Konzept. Auch hier lebt der Name von der Entgegensetzung, nämlich zu dem alt-römischen Spruch: *Si vis pacem para bellum* – wenn Du Frieden willst, bereite den Krieg vor. Nein, sagt die neue Friedenswissenschaft, wenn Du Frieden willst, dann bereite den Frieden vor. Bei Unterschieden im Einzelnen kommen die christliche Friedenethik einerseits, das para-pacem-Konzept andererseits zu ganz ähnlichen Ergebnissen. Bildlich sehe ich dabei das Ehepaar Eva und Dieter Senghaas vor mir – er der bekannteste Vertreter des para-pacem-Konzepts, und sie Mitautorin der Friedensdenkschrift der EKD von 2007. Der Kürze halber bleibe ich im Folgenden bei der Begrifflichkeit vom „Gerechten Frieden“.

Im Wesentlichen hat das Konzept drei tragende Bausteine:

Erstens, und das steckt schon im Namen, werden Frieden und Gerechtigkeit in einem unauflöselichen Zusammenhang gesehen. Kein Friede ist nachhaltig, der auf ungerechten Strukturen aufruht („negativer Friede“). Insofern steht der Kampf gegen die antisozialen Auswüchse des kapitalistischen Wirtschaftssystems mit im Fokus jeder Friedensarbeit. Dasselbe gilt für alle Formen der Diskriminierung und der kulturellen

Unterdrückung. Dabei wird nicht verkannt, dass in der konkreten Situation durchaus eine Spannung bestehen kann zwischen Forderungen nach Gerechtigkeit einerseits und der Bewahrung von Frieden andererseits. Jede gesellschaftliche Veränderung bringt ja auch Widerstände und Gefahren mit sich. Außerdem sind Frieden wie Gerechtigkeit letztlich Grenzbegriffe, die zwar verbindliche Richtungen aber keinen je erreichbaren und dann festzuhaltenden Zustand angeben. Dass „Gerechtigkeit und Frieden sich küssen“, wie es im Psalm 85 heißt, ist und bleibt wohl eine eschatologische Verheißung. Insofern muss das Konzept vom Gerechten Frieden als immerwährender Prozess verstanden werden. Inzwischen ist weitgehend auch Konsens, dass dies die Gerechtigkeit gegenüber der außermenschlichen Schöpfung mit einschließt, weil sie ihren Eigenwert hat, und weil sozioökonomische Gerechtigkeit unter Menschen ohne ihre ökologischen Grundlagen nicht tragfähig ist.

Aus dem Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit und Frieden folgt auch, dass das Mittel des Rechts und dessen Institutionen einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung von Gewalt zu leisten haben. Auch wenn die Realität dem oft nicht entspricht, ist heute im Prinzip weltweit unbestritten, dass die anerkannten Menschenrechte ein bindender Maßstab für das Verhalten aller Konfliktparteien zu sein hat; und dass das Völkerrecht mitsamt seiner internationalen Organisationen und Gerichtshöfe zu achten und zu stärken ist. Hierher gehören auch Formen einer „*transitional justice*“, die den Opfern von Gewaltausbrüchen ein lebbares Minimum an Genugtuung verschaffen.

Ein zweites Grundelement des Gerechten Friedens besteht darin, dass er sich am Konzept der „menschlichen Sicherheit“ und parallel dazu an dem der „menschlichen Entwicklung“ orientiert, die die lebensnotwendigen materiellen und kulturellen Güter mit einschließen. Das erscheint uns heute selbstverständlich – aber bis weit in die 70er und 80er Jahre meinte „Sicherheit“ nur den Schutz vor physischer Gewalt und galt als exklusive Aufgabe des Staates. Nun wird menschliche Sicherheit an den realen Lebensbedingungen der betroffenen Bevölkerung festgemacht, zu denen eben auch z.B. Nahrung, Gesundheit und Bildung gehören. Mehrere internationale Organisationen und Denkfabriken, darunter die Weltbank, haben dazu ausführliche Denkschriften verfasst. Im Grunde geht es darum, was ein „positiver Frieden“ konkret beinhaltet und wie er an der gesellschaftlichen Basis ankommen muss.

Und schließlich der *dritte* Baustein zum Gerechten Frieden: Er ist bereits im Untertitel dieses Beitrags vorgekommen und lautet „Gewaltfreie Konfliktbearbeitung“. Auch diese Vokabel ist uns heute selbstverständlich, und dennoch ist sie ebenfalls erst gute 20 Jahre alt. Sie entstand im Erschrecken über die Kriege im zerfallenden Jugoslawien und andere Gewaltkonflikte. Und sie besagt, dass sowohl staatliche wie nichtstaatliche Akteure sich bitte „rüsten“, aus-rüsten mögen mit Methoden und Instrumenten der gewaltfreien Konfliktbearbeitung, um Gewaltausbrüchen wie denen auf dem Balkan künftig besser begegnen zu können. Damit verbindet sich die Forderung, diese Instrumente zu einer echten und bevorzugten Alternative gegenüber militärischen Instrumenten zu machen. Nicht alle Pazifisten sind mit der Formel „Vorrang für zivil“ glücklich, denn sie lässt ja „nachrangig“ die militärische Option offen. Einigkeit besteht freilich darin, dass selbst dieser Vorrang für zivil bislang noch keineswegs erreicht ist, wenn man das enorme Missverhältnis der Mittelausstattung für militärische versus zivile Instrumente betrachtet.

5. Gewaltfreie Konfliktbearbeitung als neue Form des Pazifismus

In geschichtlicher Sicht sind zwanzig Jahre keine lange Zeit, und gemessen daran ist gerade auch in Deutschland seit der Zeit der Jugoslawien-Kriege Einiges erreicht worden. Dieselbe rot-grüne Regierung, die den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr verantwortete, hat andererseits eine Reihe von institutionellen Neuerungen auf den Weg gebracht. Dazu gehören das *Zentrum für Internationale Friedenseinsätze* ZIF, der *Zivile Friedensdienst* ZFD sowie die *Stiftung Friedensforschung*. Als allgemeiner Orientierungsrahmen erschien im Jahr 2004 ein Aktionsplan zur Zivilen Krisenprävention. Zum selben Thema bildete sich nach der Bundestagswahl 2009 im Bundestag ein Unterausschuss, der sich inzwischen parteiübergreifend für einen Ausbau der nichtmilitärischen Instrumente einsetzt.

Überwiegend waren es jedoch zivilgesellschaftliche Akteure, die seit dem Ende des Kalten Kriegs den Wandel vorantrieben. In den vergangenen 20 bis 30 Jahren hat sich ein dichtes Netz von nichtstaatlichen Organisationen der Friedensförderung gebildet – und das weltweit, auch in den Konfliktregionen selber. Ganz selbstver-

ständig sprechen wir heute von einer „*peacebuilding community*“. Inzwischen bezweifelt niemand mehr, dass zivile Konfliktbearbeitung eine Aufgabe ist, zu der staatliche wie nichtstaatliche Akteure gleichermaßen beizutragen haben.

Für diese neue Generation von Friedensbewegungen geht es nicht nur um Kritik und Bewusstseinsbildung, sondern ganz aktiv um eigene operative Beiträge zur Gewaltminderung in Konfliktregionen. Zu dem militärkritischen Pazifismus ist ein neuer „konstruktiver Pazifismus“ (so Dieter Senghaas) hinzugekommen. Den Übergang markiert hier der im Epochenjahr 1989 gegründete *Bund für soziale Verteidigung*. Eine Reihe weiterer Neugründungen innerhalb wie außerhalb der Kirchen folgte, darunter 1996 die des *Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD)*, an der ich selbst beteiligt war. Seit 1999 sind diese neuen Organisationen zusammengeschlossen in der *Plattform Zivile Konfliktbearbeitung*, als gemeinsamem Sprachrohr gegenüber Politik und Gesellschaft.

Diese neuen Friedensinitiativen sind zwar weiterhin durchweg militärkritisch, aber nicht mehr grundsätzlich im „Anti“ auf den Staat als den zentralen Politikakteur bezogen. Sondern sie sehen sich selbstbewusst als eigene nichtstaatliche Akteure, im kritischen Gegenüber zu staatlichen Instanzen, mit denen man fallweise streitet und/oder pragmatisch kooperiert. Meine Organisation, das *forumZFD*, beispielsweise braucht und nutzt durchaus die Projektgelder des BMZ, um Friedensprojekte weltweit sowie die Ausbildung von Friedensfachkräften über die *Akademie für Konflikttransformation* durchführen zu können. Das hat uns dennoch nicht davon abgehalten, in den letzten Jahren eine Kampagne unter dem Titel „20 Millionen mehr vom Militär!“ durchzuführen, die dem BMZ gar nicht gefiel und für einige Aufregung sorgte.

Viel wäre zu sagen über die zahlreichen Instrumente und Methoden der Konfliktbearbeitung, die in diesen zweieinhalb Jahrzehnten entwickelt und erprobt wurden, ebenso über die Trainings und Ausbildungen, die eigens zu dieser Arbeit qualifizieren. Allein im Zivilen Friedensdienst sind derzeit fast 300 ausgebildete Friedens- und Konfliktberater in 40 Ländern mit ihren jeweiligen lokalen Stäben tätig. Seit Beginn der Projektarbeit 1999 waren inzwischen über 1.000 Fachkräfte im Einsatz, das ad-

diert sich auf mindestens 3.000 Projektjahre Ziviler Friedensdienst, von denen fast jeder Tag erzählenswert wäre!

Ich kann in diesem Beitrag nur über den Zusammenhang zwischen Pazifismus, asymmetrischen Kriege und gewaltfreier Konfliktbearbeitung sprechen und nicht über jedes dieser drei Themen für sich – das würde jeweils eigene Beiträge erfordern. Deshalb nenne ich hier nur einige der heute gebräuchlichen Felder zivilgesellschaftlicher Friedensarbeit in Spannungsgebieten, nämlich:

- Schutzbegleitung gefährdeter Personen
- Zivile Beobachtung, Überwachung und Deeskalierung angesichts drohender Gewaltausbrüche
- Frühwarnung, Dokumentation und Analyse
- Betreuung von Flüchtlingen und bedrohten Minderheiten
- Trauma-Arbeit und Aufarbeitung der Vergangenheit
- Trainings in Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung, Entwicklung von Curricula, Training of Trainers
- Friedenserziehung, Friedensjournalismus
- Öffentlichkeitsarbeit, Bewusstseinsarbeit in Kunst, Kultur und Sport
- Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen, Beratung von Partnerorganisationen
- Dialogvermittlung, Mediation, Aufbau von Dialogstrukturen

Die Liste ließe sich fortsetzen. Unschwer erkennen lassen sich die Überschneidungen insbesondere mit Aufgaben der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit. Nicht selten geraten Friedenfachkräfte in die Rolle eines Sozialarbeiters, der sich um eine ganze Bandbreite von zerstörten Sozialbezügen kümmern muss.

Ist der Pazifismus noch zu retten? Ich denke, er muss nicht gerettet werden, sondern er ist lebendig und aktiv. Seine Aufgaben sind vielfältiger, auch komplizierter geworden, aber sie sind so nötig wie eh und je.

Fazit: Friedensarbeit hat und braucht heute viele Gesichter. Wenn der bisherige Pazifismus sich Selbstzweifel erlaubt, ob er noch in die globalisierte Welt des 21. Jahrhunderts passt, dann zeigt dies in erster Linie, wie selbstkritisch sich diese Bewegung unter die Lupe nimmt. Einer solchen Selbstreflektion müssen Pazifisten sich in der Tat immer wieder neu stellen, um auf der Höhe der Zeit mit ihren sich wandelnden Friedensgefährdungen zu bleiben.

Zugleich aber, und dass scheint mir noch viel notwendiger, gilt es zu fragen: Wann endlich findet eine solche Selbstreflektion und Infragestellung auch innerhalb des Militärs statt? Wann wird die Politik lernen, dass eine auf Gewalt gegründete „Sicherheit“ das Gegenteil bewirkt? Vielleicht gehört es zu den Aufgaben der Friedensarbeit und des Pazifismus, einen solchen Prozess anzustoßen, ja einzufordern. ■

Benutzte Statistiken u.a. (eingesehen 2.4.2014):

<http://www.pcr.uu.se/research/UCDP/> und

<http://filipspagnoli.wordpress.com/stats-on-human-rights/statistics-on-war-conflict/statistics-on-violent-conflict/>



Dr. Tilman Evers,

Priv. Doz. für Politikwissenschaft,
ist Gründungsmitglied und Vorstandsmitglied
des *Forum Ziviler Friedensdienst*.

Der Beitrag geht auf einen Vortrag in der Adam-von-Trott-Stiftung, Imshausen, am 4. April 2014 zurück.



Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

Am Kölner Brett 8

50825 Köln

Tel.: 02 21 / 91 27 32 - 0

E-Mail: kontakt@forumzfd.de

Spendenkonto:

IBAN: DE 37 3702 0500 0008 2401 01

www.forumZFD.de